

Übersicht:

Thema:
**Demokratisches
Auslandsjournal**
Seite 1-2

Wöchentlicher Arbeitskreis:
Karl Marx, Das Kapital, Band 1
Seite 2
Einblick: GEGENSTANDSPUNKT 1-11
Seite 3-4

**Vorträge &
Diskussionen:**
Was von Marx zu lernen wäre
Seite 1

Libyen, Ägypten, Tunesien
Seite 3
Der Super-GAU in Japan
Seite 4

Demokratisches Auslandsjournal

Die Demokratie gilt als der wertvollste Exportartikel des westlichen Abendlandes. Meinungsfreiheit, Wahlen, Rechtsstaat und was alles so dazugehört. Das sind Insignien einer Herrschaft, die den Nationen der Welt keineswegs nur zur Übernahme anempfohlen werden. Das sind auch die Maßstäbe ihrer kritischen Überprüfung, ob sie auch den Respekt verdienen, den sie als Mitglieder der modern zivilisierten Völkerfamilie für sich in Anspruch nehmen. Schließlich haben die Menschen ein Recht darauf, den Gang ihrer Gemeinschaft in die eigene Hand zu nehmen und – wie der Name sagt – als Volk die Herrschaft selbst zu bestimmen. Die politisch Verantwortlichen in den Heimatländern der Demokratie pflegen je nach ihren Mitteln zur Beförderung dieses Menschenrechts ein wenig Nachhilfe zu leisten – und eine kritische Öffentlichkeit bilanziert ihrerseits täglich den Stand der Fortschritte der Demokratisierung auf dem Globus.

Anbei ein paar Auszüge aus dem demokratischen Auslandsjournalismus – und ein paar Überlegungen, was man dabei lernt.

CHINA Demokratie braucht's – zum ungestörten Durchregieren!

Einen wohlwollenden Ratschlag in Sachen Demokratie und Wahlen erteilt die SZ der VR China:

„Doch weil immer deutlicher wird, dass nicht alle im Land gleichermaßen davon (vom kapitalistischen Aufbruch Chinas) profitieren, bröckelt der Rückhalt der Menschen. Die meisten fühlen sich benachteiligt, viele gänzlich chancenlos und einige sogar betrogen. Und weil es kein Ventil für die wachsende Wut der Bürger gibt, wie die Demokratie sie unter anderem in der Institution der freien Wahlen gewährt, muss

die Partei dringend Lösungen und neue Perspektiven für alle bieten.“ (SZ, 27.12.10)

Der freiheitsliebende Journalist scheint nicht zu befürchten, dass es den Leser verstören könnte, welch zynische Botschaft er da über die Demokratie mitteilt. Unseren Kenner der Marktwirtschaft überrascht nicht, dass beim Aufbruch in den Markt die meisten Menschen materiell zu kurz kommen. Anlass zur Sorge gibt diesem Volksfreund die materielle Lage der Massen, wenn „die Menschen“ ihre Armut als nicht angemessen empfinden, und diese „gefühlte“ Ungerechtigkeit durch „bröckelnde“ Gefolgschaft das Programm der Regierenden gefährdet. Denn dagegen hat sich die Demokratie etwas Vorbildliches ausgedacht, um im Unterschied zur chinesischen Einpartei- Undemokratie mit derartiger Unzufriedenheit fertigzuwerden: Empörte Bürger dürfen ihre Unzufriedenheit – gleich welchen Anlass und Grund sie hat – in der institutionalisierten freien Wahl in ein hoffnungsfrohes Wahlkreuz für eine konstruktive Regierungsalternative übersetzen – das ist das „Ventil“, das eine „wachsende Wut“ braucht. Da die chinesische Herrschaft diesen Hauptsatz der politischen Hydraulik nicht beherzigt und ihr Staatspersonal einfach nicht vom Volk auswählen lassen will, steht sie nun in dem Dilemma, ihren unzufriedenen Bürgern glatt etwas „bieten“ zu müssen. In Sachen Effektivierung der Herrschaft können die chinesischen Kommunisten also noch gewaltig von uns lernen.

Der **GEGENSTANDSPUNKT**-Verlag
veranstaltet einen regelmäßigen
öffentlichen Diskussionstermin:

„*Jour Fixe*“.

Dort bietet sich die Gelegenheit, mit den Redakteuren über aktuelle Themen des Weltgeschehens zu debattieren.

Frankfurt:

im DGB-Gewerkschaftshaus,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69
(Nähe Hbf), Zugang über den Hof

Zeit: Jeweils Montag, 19:30 Uhr

2.5. / 16.5. / 30.5. / 20.6.

Weitere Städte:

<http://www.gegenstandspunkt.de/jourfixe/jourfixe.html>

VENEZUELA Dem Volk helfen ist demokratieunwürdiger Populismus!

„Erst vor wenigen Wochen hat das venezolanische Parlament den Präsidenten Hugo Chávez in einer umstrittenen Entscheidung mit einer Fülle zusätzlicher Kompetenzen ausgestattet. Bis 2012 darf Chávez faktisch per Dekret regieren. Nun macht er erstmalig Gebrauch davon ... unterzeichnet der linksgerichtete Präsident einen Erlass, der die Gründung eines Fonds vorsieht, aus dem der Wiederaufbau der bei einer Flutkatastrophe zerstörten Häuser finanziert

werden soll. 130 000 Menschen soll mit 2,3 Milliarden Dollar geholfen werden.“ (SZ, 28.12.10)

Solche Meldungen kann ein verantwortlicher Zeitungsredakteur unmöglich unkommentiert stehen lassen. Dem unvoreingenommenen Leser fehlt nämlich noch völlig die Richtung für die zu bildende Meinung. Sicher ist sich der Berichterstatter freilich, nach welchem Kriterium der Leser sein Urteil zu ►

VORTRAG & DISKUSSION

Was von Marx zu lernen wäre: Alles Nötige über Arbeit und Reichtum im Kapitalismus

Linke Parteien zählen den Theoretiker des 19. Jahrhunderts, dessen Gedanken einmal die Welt bewegt haben, zu ihrem Traditionsbestand, seine Schriften aber kennen sie nicht mehr. Marx ist heute ein toter Hund. Um so mehr als man ihn an Universitäten, sofern man sich seiner erinnert, höflich ins geistesgeschichtliche deutsche Erbe eingemeindet – und zwar als einen Großen: Ein großer *Philosoph* soll er gewesen sein, dem es nach Hegel noch einmal gelungen sei, dialektisch zu denken; ein großer *Soziologe*, der ein System gebastelt habe, in dem die Gesellschaft von der materiellen Basis bis zum Überbau der Ideen auf ein einziges Prinzip gebracht ist, ein großer *Prophet*, der die Globalisierung früh vorhergesehen habe, ein großer *Utopist*, der sich eine schöne bessere Welt ausgedacht haben soll.

Dass Marx selbst, wenn er gefragt würde, nichts von dem genannten Großen vollbracht haben wollte, ja sich dieses Lob verbiten würde, kann seine geistesgeschichtlichen Freunde nicht bremsen. Sie verzeihen ihm ja sogar, dass er Kommunist gewesen ist. Er selbst sah seine Leistung einzig und allein in dem, was der Untertitel seines theoretischen Hauptwerkes ankündigt: in der „Kritik der politischen Ökonomie“ des Kapitalismus. Marx war, wenn irgendetwas, *Ökonom*. Die Wirtschaftswissenschaften allerdings haben keine gute Erinnerung an diesen Klassiker, ja eigentlich überhaupt keine. Kein Wunder. Schließlich hat er nicht nur die menschenfeindliche und absurde Rationalität des Wirtschaftssystems aufs Korn genommen, das sie so vernünftig finden, er hat auch ihre verständnisvollen Theorien darüber wider- und zerlegt.

An dem Kapitalismus, den Marx in der Phase seines Entstehens analysierte und kritisierte, hat sich seit seinen Tagen dies und das, aber nichts Wesentliches geändert. Immer noch ist die Vermehrung des Geldes der beherrschende Zweck, für den gearbeitet wird – und das ist keineswegs ein geschickter Umweg zur besseren Befriedigung der Bedürfnisse; noch immer sind die arbeitenden Menschen Kostenfaktor, also die negati-

ve Größe des Betriebszwecks; noch immer findet die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit, der größten Quelle des materiellen Reichtums, ausschließlich statt, um Löhne zu sparen und Arbeitskräfte zu entlassen – also um den Arbeiter ärmer zu machen.

Wegen dieser Aktualität, und nur wegen ihr, verdient es der längst verblichene Denker, dass man sich seiner erinnert. Seine Bücher helfen, die ökonomische Wirklichkeit heute zu erklären. Das will der Vortrag anhand von Zitaten aus dem ersten Kapitel von „Das Kapital“ Band 1, „Die Ware“ demonstrieren. Angeboten werden ungewohnte Gedanken über Gebrauchswert und Tauschwert, konkrete und abstrakte Arbeit, Geld und Nutzen, Arbeit und Reichtum – paarweise Bestimmungen, die unsere moderne Welt nicht mehr auseinander halten kann, während sie tatsächlich die härtesten Gegensätze enthalten. Der Vortrag wird einführen in „Das Kapital“ und für eine längerfristige Kapital-Lektüre werben, zu der sich gerade ein für alle Interessierte offener Lesekreis bildet (siehe Seite 2).

P.S.: Am Rand bleibt für Kenner eine Abgrenzung zu den *Marxologen* nachzutragen, die sich ausgerechnet, weil es keinen Sozialismus in der Realität mehr gibt, zu einer „Neuen Marxlektüre“ befreit und herausgefordert sehen. Sie wollen nichts mehr zu tun haben mit der Arbeiterklasse und dem Anprangern der Ausbeutung; entdecken vielmehr in allen Gegenständen und Themen des drei bändigen Werkes eintönig immer dasselbe: „Fetischisierte Vergesellschaftung“. Sie studieren Marx, aber weniger, um der ausgearbeiteten Kritik des Kapitalismus seine Kritik zu entnehmen; sie lesen das Buch mehr als eine gelungene Antwort auf ihre Frage, warum die praktische Kritik, die der Kapitalismus verdient hätte, immerzu ausbleibt. Sie erklären nicht sich und anderen, warum die kapitalistische Wirtschaftsweise nicht zu ihnen passt und abgeschafft gehört, sondern warum sie in Gedanken und Praxis so gut zu ihr passen. Damit wollen wir nicht verwechselt werden.

Referent: Prof. Dr. Egbert Dozekal, Frankfurt/Main

Frankfurt/Main: Mittwoch, 04.05.2011, Beginn: 18:30 Uhr

Studierendenhaus Campus Bockenheim
(Eingang links neben Café KOZ)
Raum K4 (2. Stock)

Eintritt frei!

fällen gedenkt, schließlich kennt er selber auch kein anderes und schreibt seitenweise seine Zeitung damit voll: Herrscht hier einer, um dem Volk zu dienen, oder dient hier einer dem Volk, um zu herrschen? Die Antwort auf diese Alternative gibt die Sachlage allerdings niemals her. Ob in Venezuela der gute Zweck ein „umstrittenes“ Mittel heiligt oder die böse Absicht die gute Tat relativiert, dieses moralische Urteil entspringt allein dem eigenen Standpunkt.

Um den Leser bei der Meinungsbildung nicht im Stich zu lassen, hat sich das Stilmittel bewährt, gleich mitzuteilen, wie die Sachlage auf den Journalisten „wirkt“, denn das wird schon nicht ohne Grund so sein:

„Es wirkt wohl kalkuliert, dass Chávez seine neue Macht als Erstes auf ein Projekt humanitärer Hilfe anwendet. Er baut dadurch seine Popularität bei den Armen aus, die seine wichtigsten Wähler sind und ihm 2012 zur neuerlichen Wiederwahl helfen sollen. Der Opposition nimmt er fürs erste die Argumente.“

Der sich einstellende Ärger bewirkt dann wie von selbst, welche parteilichen Vokabeln dem Autor aus der Feder fließen. Für die Fluthilfe passt „populistische Kalkulation“, der Opposition werden gute „Argumente“ gestohlen; je mehr Güte der Präsident tut, desto schwerer kann sie ihn schlechtmachen.

Apropos venezolanische Präsidenten: Carlos Pérez, dem Amtsvorgänger und „ehemaligen Widersacher“ von Hugo Chávez, widmet die SZ anlässlich seines Ablebens einen kritischen Nachruf. Pérez soll eine „widersprüchliche Politik“ betrieben haben, indem er die Verstaatlichung der Ölindustrie in Gang gebracht hat. Das würdigt der Kommentar rückblickend als ein Stück „Umverteilungspolitik“, die „durchaus den Maßnahmen ähnelt, die Chávez heute unternimmt“; der kleine Unterschied, dass der verblichene Pérez die Er-

RUSSLAND Unser Lieblingsoligarch verurteilt – rechtsstaatliche Reife fehlt!

„Industrie-Oligarchen“ sind für gewöhnlich verabscheuungswürdige Gestalten; schon ihre Existenz bringt ein ganzes Land weltförmlich in Misskredit. Aber halt! Beim Blick nach Russland gilt es diesmal eine solche Figur positiv zu besetzen. Dort wird zwar einer der „Wirtschaftskapitäne, die ihr märchenhaftes, zusammengerafftes, manchmal geraubtes Vermögen in politischen Einfluss umsetzen wollten“, einer der letzten „Oligarchen aus den Neunzigern, als der Staat so schwach war, dass die Tycoons allen Ernstes glaubten, nur sie, die frisch gebackenen Kapitalisten, könnten Russland retten“ (SZ, 31.12.10), zum zweiten Mal zu 14 Jahren Haft verurteilt. Chodorkowskij soll man allerdings als Opfer sehen.

Die SZ knüpft dafür bereits an die Urteilsverkündung einen Verdacht:

„Es hat etwas von einem Angsturteil... Die Begründung vier Tage lang dahingemurmelt, das Strafmaß am Tag vor Silvester verkündet, als viele Zeitungen nicht mehr erscheinen, als das ganze Land sich auf Neujahr vorbereitet, das wichtigste Fest des Jahres. Hätte der Richter Danilkin seine Entscheidung in seinem Wohnzimmer verkündet, es hätte nicht diskreter ablaufen können. Was immer auch Chodorkows-

WÖCHENTLICHER ARBEITSKREIS:

KARL MARX

Das Kapital

Kritik der politischen Ökonomie

Erster Band

In Anknüpfung an den Vortrag (siehe Seite 1: "Was von Marx zu lernen wäre") soll ein wöchentlicher Arbeitskreis an der Uni stattfinden.

Gelesen und diskutiert wird der erste Band des Kapitals (keine Vorkenntnisse erforderlich): Ausgabe MEW 23, Dietz-Verlag, ISBN: 978-3-320-00262-6

Die Termine finden jeweils im Studierendenhaus Campus Bockenheim statt: Raum K1, K2 oder K3 (im 1. Stock). Veranstalter: farbeROT.

Mittwoch, den: 18.5. / 25.5. / 1.6. / 8.6. / 22.6. (weitere Termine nach Vereinbarung)

Beginn: 18:30 Uhr

träge des nationalisierten Öls von ca. 200 Milliarden Dollar direkt in die eigenen und die Taschen seiner Mitstreiter „umverteilt“ haben soll, tut bei diesem Vergleich gar nicht viel zur Sache. Kritisch sieht der Kommentar, dass Pérez bei Unruhen der verarmten Bevölkerung in die Menge schießen ließ, weil das letztendlich in der Machtübernahme des Populisten endete. „In der Tat hatte die widersprüchliche Politik des Carlos Andrés Pérez viel zum Aufstieg des Offiziers Chávez beigetragen.“ Mit seiner Steilvorlage für Chávez hat sich der Verstorbene, bei allem Respekt, dann doch ein paar „Widersprüche“ zu viel geleistet.

kij und Lebedjew sich zuschulden kommen ließen – dieser Prozess, der selbst nach Ansicht von Kreml-Beratern rechtsstaatliche Kriterien verletzt, hat es nicht ans Licht gebracht.“

Der SZ können die Russen es nie recht machen: Ziehen sie einen Schauprozess auf, heißt es STALIN!, endet ein jahrelanger Schauprozess ohne Show, auf der man herumhacken könnte, ist es ein „Angsturteil“. Der Richter erzählt vier Tage lang, warum es gefällt wird: Der Korrespondent braucht keine Sekunde lang hinzuhören, um absolut im Bilde zu sein – der Mann murmelt, also hat er was zu verbergen, also ist es zum Himmel schreiendes Unrecht, was er spricht!

Noch mehr Licht in die Sache bringt das Messen des Gerichtsurteils an vorgefassten politischen Erwartungen, die man hierzulande in die russische Führung setzt, um sich ein ums andere Mal abgrundtief enttäuscht zu geben:

„Vor allem aber verrät dieses Urteil viel über die russische Führung. Präsident Medwedjew hat die Erwartungen, die in ihn – vielleicht zu Unrecht – gesetzt wurden, nicht erfüllt. Er, der Jurist, galt als Grund dafür, dass das Verfahren fairer ablief als das erste, dass das Urteil bis zum Schluss als offen galt. Ob er ein milderer Maß nicht durchsetzen konnte oder wollte, ändert nichts daran, dass er wie der Komplize eines fremden Racheaktes wirkt.“

Hätte der Präsident dagegen das Recht im Sinne unserer Erwartung frisiert, ordentlich Einfluss auf die Justiz genommen und per Ukas ein mildes Urteil bestellt, dann hätte der Richterspruch auf die Prozessbeobachter aus Süddeutschland aber so was von fair „gewirkt“. Und die Unabhängigkeit der russischen Justiz

stünde außer Zweifel. So aber muss die SZ ihrem Feindbild freien Lauf lassen: Da ist ein Pappkamerad an der Spitze des russischen Staates, dessen Premier Privatfehden ficht. Auch das gelingt mittels der unerschöpflichen Leichtigkeit der – uns schon bekannten – Wirkung, die das Urteil bei unserem Beobachter hinterlässt.

„Denn vor allem wirkt die Gerichtsentscheidung, die niemand in Russland für unabhängig hält, wie die Abrechnung von Premier Putin mit einem Intimfeind. Dabei bemühen sich Putin und Medwedjew derzeit so angestrengt um den Westen wie seit Jahren nicht, beschwören gemeinsame Werte, Interessen, Ziele, werben um Know-how, Kapital, Dialog. Dieses Urteil aber zeigt, wie viel sie noch vom Westen trennt.“

Diese Leute haben sich einfach in ihrem Feindbild eingemauert. Sie geben selbst zu Protokoll, wie wenig das Russland von heute zum Bild des anti-westlichen Riesen passt, das sie von ihm zeichnen, bemerken selbst noch, wie sehr und auf wie vielen Ebenen dieses Land substantiell mit dem Westen kooperiert – und kaprizieren sich im nächsten Satz auf einen Urteilsspruch eines Moskauer Richters, um ihre Lieblingsidee von Russland als bedrohlicher Gegenmacht des Westens aufzuwärmen!

ARGENTINIEN Schauprozess beweist demokratische Reife!

Russland hat also das Qualitätssiegel „Rechtsstaat“ nicht verdient. Andersorts kann die politische Instrumentalisierung der Justiz dagegen richtig Freude bereiten.

Das Aufheben der Amnestie und die Neuaufnahme der Verfahren gegen Juntamitglieder der argentinischen Militärherrschaft mit der klaren politischen Vorgabe einer Verurteilung zur Höchststrafe widerspricht keinesfalls dem Grundsatz der Unabhängigkeit der Gerichte. Die von der amtierenden Staatsführung bestellte und erfolgreich durchgezogene Abrechnung mit den Amtsvorgängern wird einhellig begrüßt:

„Politiker wie Argentiniens Präsidentin Cristina Kirchner mögen manches falsch machen, bei diesem Thema liegen sie richtig.“ (SZ, 24.12.10)

Dieser Schauprozess begeistert: Die leichten trüchtigen Amtsausübung als persönliche Verfehlung der damaligen Staatsschefs strafrechtlich zu ahnden, lenkt zielgerichtet vom politischen Gehalt der Schlächtere ab und nimmt umstandslos Partei für deren Opfer – vollkommen ohne Erwähnung dessen, was die eigentlich wollten und wessen Feindschaft sie sich warum zugezogen haben.

So bleibt es ausgerechnet den Angeklagten überlassen, zu ihrer eigenen Ehrenrettung

auf dem Zusammenhang zwischen Nation, politischer Opposition und Schlächtere zu bestehen, von dem heute keiner mehr etwas wissen will. Sie erinnern an die damalige Auftragslage des Westens und ihren nationalen Beitrag zur Abwehr des Kommunismus. Ihre Verteidigung, die Nation habe sich im Staatsnotstand „gegen marxistische Subversive“ befunden, in einem „inneren Krieg, angefangen von terroristischen Organisationen“, weswegen jeder aufrechte Demokrat auch heute die Notwendigkeit ihres staatlichen Gegenterrors einsehen müsste, gilt allerdings nichts mehr. Von diesen verflorenen Sünden weiß die argentinische Justiz den Westen zu befreien. Als „antikommunistischer Wahn“ auf einen psychischen Defekt heruntergebracht, wird er den Putschisten als nachträgliche Verhöhnung der Opfer, als Beweis ihrer unbelehrbaren Amoralität zur Last gelegt. Mit ihren Bluthunden wollen Demokraten, nach getaner Arbeit, nichts mehr gemein haben.

„Es geht um Gerechtigkeit und um einen Staatsterror, der sich nicht nur gegen Guerilleros richtete, sondern auch gegen friedliche Andersdenkende.“

Solange die Andersdenkenden friedlich sind und nicht zur Tat schreiten, gehört sich Staatsterror definitiv nicht.

ÄGYPTEN Was uns an Diktatoren stört

In arabischen Ländern brechen Volksaufstände los, die am Ende zur Beseitigung von Präsidenten führen, zu denen die USA und EU mitsamt dem bei ihnen beheimateten journalistischen Sachverstand jahrzehntelang gehalten haben. Jetzt, nachdem sie gestürzt sind und rückwirkend Diktatoren heißen, üben Journalisten harsche Kritik an den Regierungen des Westens:

„Amerika hat Abschied genommen von Mubarak... Abschied nehmen muss die Regierung Obama aber auch von der Vorstellung, dass sich Stabilität und Einfluss über Potentaten kaufen und auf Dauer halten lassen. Die Vorstellung, mit 1,5 Mrd. \$ im Jahr und politischen Streicheleinheiten Einfluss zu gewinnen, ist gescheitert... Am Ende ist der Volkswille stärker, kein Ventil hält dem Druck im Kessel stand... Keine noch so nachvollziehbare Interessenpolitik kann funktionieren, wenn sie die archaischen Kräfte eines unterdrückten Volkes missachtet.“ (SZ, 31.1.11, Kornelius)

Schlecht ist es also nicht, von außen ein Land samt Insassen auf eine dem Westen genehme Stabilität zu verpflichten und dafür Einfluss auf die lokalen Machthaber zu nehmen, sondern zu glauben, dass dergleichen funktioniert. Nach mehr als 30 Jahren Scheinerfolg erweist sich die Politik der Westmächte als folgenschwerer Irrtum! Weder an ihren „nachvollziehbaren Interessen“ ist etwas verwerflich noch an dem Motiv, Stabilität mit Zahlungen an Diktatoren zu erkaufen. Die Demokratien haben in bester Absicht gehandelt, sie müssen nichts zurücknehmen – außer dem Glauben, das Volk ließe sich in alle Ewigkeit unterdrücken. ■

Auszug eines Artikels aus der politischen Vierteljahrszeitschrift GEGENSTANDPUNKT. Verlagsprogramm und weitere Artikel im Internet unter www.gegenstandpunkt.com. Auf den Veranstaltungen sind kostenlose Probeexemplare erhältlich.

Audiomitschnitte von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen des GEGENSTANDPUNKT-Verlags zu aktuellen und grundlegenden Themen des Weltgeschehens lassen sich auf www.argudiss.de kostenlos herunterladen.

Forum GEGENSTANDPUNKT auf RadioX

Jeden 1. und 3. Montag im Monat von 15:00 bis 16:00 Uhr

sowie jeden 1. und 3. Dienstag im Monat von 9:00 bis 10:00 Uhr

FM: 91,8 Kabel: 99,85

Radiobeiträge und Vorträge von **farbeROT** und

GEGENSTANDPUNKT können

kostenlos als .mp3 auf

www.farberot.de

heruntergeladen werden.

Aktuelle Sendungen:

- **Atomenergie**
Waffe in der imperialistischen Konkurrenz der Staaten
- **Ägypten**
Revolution in unserer arabischen Diktatur
- **Nationalismus global**
Der Ausländer und das Problem, das er darstellt - für die westlichen Staaten und aus der Sicht ihrer Bürger
- **Ausbildung und Einbildung der Elite**
Das höhere Bildungswesen im Kapitalismus

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

JETZT IM HANDEL!

1-11

Das Finanzkapital

IV. Das internationale Finanzgeschäft und die Konkurrenz der Nationen

Volksaufstand in Ägypten

Viel Aufruhr – für nichts als einen Antrag auf bessere Herrschaft, den das Militär erhört

Die bürgerliche Öffentlichkeit und ihre modernen Wurmfortsätze

WikiLeaks und die anderen – Herrschaft einfach weginformiert

„Der Kampf um die Seltenen Erden“ und andere strategische Metalle

Imperialistische Rohstoffsicherung

Obamas Nahost-Politik: Bewährungsprobe für die amerikanisch-israelische Allianz · Demokratisches Auslandsjournal · Spendierhosen für gewerkschaftliche Zurückhaltung beim Lohn · Zwei *Bild*-Reporter landen im iranischen Knast – und in *Bild* auf Seite eins! · Die Wahloffensive der *GRÜNEN* im Wahljahr 2011 – Deutschland besser regieren mit der „Gemeinwohlpartei“: Politökonomisch „nachhaltiger“ – demokratisch „engagierter“ · Neu-jahrsansprache 2011: So mag Merkel ihr Volk · Terroranschlag am Moskauer Flughafen · Leserbrief: „Sind die marxistischen Kritiker der Moral nicht selbst die größten Moralisten?“

ISSN 0941-5831 132 Seiten € 15.–
Ab sofort im Buchhandel erhältlich

FRANKFURT: Autorenbuchhandlung * Carolus * Hugendubel * Internationale Buchhandlung Südseite * Karl Marx * Land in Sicht * Naumann & Eisenbletter * Ypsilon * DARMSTADT: Georg Büchner * Bressunger * GRIESHEIM: Schlapp * SEEHEIM-JUGENHEIM: Gutenberg * MAINZ: Cardabela * BAD HOMBURG: Hugendubel

Bestellungen beim **Gegenstandpunkt Verlag**, Kirchenstr. 88, 81675 München
Tel (089) 272 16 04 Fax (089) 272 16 05
E-Mail: gegenstandpunkt@t-online.de Internet: www.gegenstandpunkt.com

V.i.S.d.P.: Gegenstandpunkt Verlag GmbH, B. Schumacher, Kirchenstr. 88, 81675 München; E.L.S.

U.a. finden sich folgende Themen im aktuellen **GEGENSTANDPUNKT 1-11**:

Volksaufstand in Ägypten

Viel Aufruhr – für nichts als einen Antrag auf bessere Herrschaft, den das Militär erhört

Die Führer der westlichen Welt werden von einem Volk überrascht: Dass die Massen in einem Land, an dessen gefestigtem Innenleben man äußerst interessiert ist, ohne dass man das bestellt hätte, seinem obersten Führer die Gefolgschaft kündigt, das fordert Kommentatoren wie politische Macher heraus. Nach einigem Zögern einigt man sich darauf, dass es da – wie auch in anderen Fällen – um „Demokratie gegen Diktatur“ geht, und hält den Machthaber, den man Jahrzehnte durchaus zu schätzen wusste, für „untragbar“. Ihn macht man für den Aufruhr verantwortlich. Und gibt damit auch den Demonstranten vor, was sie der westlichen Welt mit ihrem Drang nach Demokratie schuldig sind: „Rückkehr zu stabilen Verhältnissen“ in dieser Krisenregion, Frieden mit Israel, Sicherung des Suezkanals,

kurz: lauter Interessen, für die Ägypten unter Mubarak funktioniert hat und künftig funktionieren soll. Das schließt den Ausschluss der ‚Islamb Brüder‘ aus dem Spektrum wählbarer Alternativen ebenso ein wie die Zufriedenheit darüber, dass das Militär die Sache in die Hand genommen hat und für eine passende Ordnung und Führung sorgt, die einer ordentlichen demokratischen Willensbekundung des Volks unbedingt vorausgehen muss. Da stellt sich schon die Frage, was das Volk in Ägypten auf die Straße getrieben hat. Der **Gegenstandpunkt** liefert Aufklärung über den Volksaufstand, die Verhältnisse, gegen die er sich und wie er sich dagegen richtet, zu welchem wenig umstürzlerischen Ergebnis er es gebracht hat und welche Ansprüche das westliche Ausland an den ‚Demokratisierungsprozess‘ stellt.

VORTRAG & DISKUSSION

Libyen, Ägypten, Tunesien Volksaufstände in arabischen Ländern und ihre imperialistische Betreuung mit und ohne Krieg

In Nordafrika und auf der Arabischen Halbinsel entlädt sich der Volkszorn über elende Lebensbedingungen und eine brutale Staatsgewalt gegen die obersten Machthaber. Zwar richtet sich der Aufruhr gegen ganz unterschiedliche Herrschaften und fällt ganz verschieden aus. Aber hierzulande steht mehr und mehr fest: In allen Fällen sind Diktatoren an der Macht, die weg müssen. Der Aufstand in Libyen erfreut sich schnell westlicher Sympathien. Der libysche Staatschef, mit dem der Westen sich eine Zeit lang durchaus arrangiert hatte, ist den Ruf eines unberechenbaren Störenfriedes „unserer“ Ordnung nie richtig los geworden. Im Falle Tunesiens und Ägyptens brauchten europäische und amerikanische Politik und Öffentlichkeit dagegen ein paar Tage, bis sie den Völkern zu ihrem Aufstand gratulierten. Denn beide Diktaturen waren Bündnispartner des Westens, „Anker der Stabilität“ in einer „unruhigen Region“. Und der Aufstand gegen sie war gar nicht bestellt.

In keinem der drei Fälle ist die Verlogenheit des neu erwachten Mitgefühls für verelendete und unterdrückte Araber zu übersehen - genauso wenig wie der Auftragscharakter der humanistischen Grußbotschaften. Denn erstens sind die von den arabischen Massen für unaushaltbar erklärten Zustände keineswegs neu oder unbekannt. In Tunesien und Ägypten sind sie ja ein Ergebnis der verschiedenen Westeinbindung dieser Nationen, die damit geschäftlich und machtmäßig vorankommen wollen. Deren Führer haben ihre Völker auf Lebensumstände verpflichtet, die im wahrsten Sinne des Wortes Abfallprodukt der Nützlichkeit der beiden Nationen für ihre westlichen Verbündeten waren. Sei es der Export von Öl, Gas, Oliven oder T-Shirts, seien es Dienste für westliche Tauchtouristen, die Sicherung des Suezkanals oder die Unterordnung von Palästinensern unter israelische Ansprüche: Was „uns“ der Zugriff auf diese Dienste an Geld wert war, davon haben diese Nationen ihre Ökonomien und die Führungen den Aufwand für ihre Gewaltapparate bestritten. Daran haben im Land Wenige viel und die Allermeisten wenig bis gar nicht verdient. Den nötigen Einsatz der Staatsgewalt gegen streikende Arbeiter, hungernde Habenichtse, politische oder religiöse Opponenten haben die jetzt plötzlich so genannten Diktatoren immer gemeistert. Geld und Waffen dazu hatten sie ja aus dem Westen reichlich.

Zweitens ist unübersehbar, dass die Aufkündigung der Freundschaft mit den arabischen Despoten justament auf den

Zeitpunkt fällt, zu dem klar wird, dass sie sich nicht mehr an der Macht halten können. Wenn renitente Völker ihre Gefolgschaft wirklich aufkündigen und die von „uns“ so geschätzte „Stabilität“ zum Teufel gehen lassen - dann, ja dann können „wir“ tatsächlich nichts mehr mit ihren Herren anfangen. Dann heißen die Freunde von gestern plötzlich Despoten. Und wenn schon die westlich gesponserten Führungsfiguren angesichts ihres Machtverlusts bei ihren auswärtigen Förderern den Kredit verlieren, dann erst recht ein Gaddafi, dessen Macht „uns“ ohnehin nie ganz recht war, weil er aus den im Westen verdienten Öldollars eine alternative, gar nicht streng westlich orientierte Herrschaft aufbauen wollte.

Drittens braucht kein westlicher Journalist oder Politiker bei den Aufständischen in Tunis, Kairo oder Bengasi nachzufragen, was die eigentlich wollen und ob ein Wechsel ihrer Führung wirklich dazu angetan ist, ihre missliche Lage zu bessern. Die Völker in Tunesien und Ägypten werden aus den westlichen Führungszentralen gleich mit einem Auftrag versehen: Ihr Einsatz für Demokratie muss „stabile Verhältnisse“ nach westlichen Vorgaben hergeben. Der Despot muss weg, aber die Leistungen seiner Despotie für „uns“ müssen bleiben. Im Fall Libyen soll mit dem ungenehmen Herrscher auch gleich die ganze für „uns“ unberechenbare Herrschaft umgestürzt werden. Wer dabei wie viel Gewalt ausübt und Bomben schießt, darüber ist im westlichen Lager ein heftiger Streit entbrannt – der betrifft so ausgesucht humanistische Fragen wie die, welche der berufenen Aufseher-Nationen die Führung einer „Koalition der Willigen“ beanspruchen darf und unter ihresgleichen durchsetzen kann. Libyen ist offenbar ein Fall geworden, an dem noch ganz andere und viel wichtigere Streitpunkte ausgekämpft werden als die Frage, wer künftig über diesen Landstrich regiert.

Gegen die Vereinnahmung rebellierender Araber durch die westliche Öffentlichkeit und Politik; gegen die interessierte Interpretation der Aufstände als Ausdruck einer lobenswerten ‚Go west!‘-Gesinnung unter tunesischen Olivenpflückern, ägyptischem Stadtvolk und libyschen Beduinen – da bleibt also einiges aufzuklären. Nicht nur über die Lage in diesen Ländern und den Grund des Aufbegehrens, sondern auch über die Ordnungsansprüche imperialistischer Aufsichtsmächte, die ihre Vorstellungen von „Humanismus“ und „Demokratie“ mit Bombardements umsetzen.

Referent: **Rolf Röhrig** (Redaktion **Gegenstandpunkt**)

Frankfurt/Main: Mittwoch, 11.05.2011

Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str.69

(Eingang über den Hof)

Beginn: 19:00 Uhr

Marburg: Donnerstag, 12.05.2011

Kulturladen KFZ, Schulstr.6

Beginn: 20:00 Uhr

Eintritt frei!

Das Finanzkapital

IV. Das internationale Finanzgeschäft und die Konkurrenz der Nationen

Fortsetzung und Schluss der Analyse des Finanzkapitals widmet sich der Internationalisierung des Finanzgeschäfts durch die Staatsgewalten, die auf dessen grenzüberschreitende Wachstumsleistungen für ihren jeweiligen Nationalreichtum aus sind. Behandelt werden: die Einrichtung eines grenzüberschreitenden finanzkapitalistischen Geschäftsverkehrs durch die Übereinkunft konkurrierender Staatsgewalten; der Austausch der nationalen Gelder; die Eigenheiten des internationalen Kredits und die darin eingeschlossenen zwischenstaatlichen Eigentumsfragen; die Bedeutung des Finanzkapitals für die Bilanz der Staaten, die sich dem Vergleich der kapitalistischen Leistungsfähigkeit ihres Landes aussetzen und um die Attraktion von Kapital und um die Kreditwürdigkeit ihres nationalen Geldes konkurrieren; die Scheidung der nationalen Gelder nach ihrer Weltgeldqualität; die aus dem globalen Spekulationsgeschäft resultierenden Staatspleiten und Finanzkrisen und die ihnen gewidmete Krisenpolitik der Weltwirtschaftsmächte. Ein Schlusskapitel handelt vom Regime des Finanzkapitals als Werk und Produktivkraft der Weltordnungsgewalt der USA.

1. „Konvertible Währungen“ – ein komplettes politökonomisches Programm: Die Staaten internationalisieren die geldpolitischen und rechtlichen Grundlagen des Finanzgeschäfts, um für ihre Finanzmacht von dessen grenzüberschreitenden Wachstumsleistungen zu profitieren.

2. Das Geschäft mit dem Währungsaustausch und die Herstellung der Wechselkurse: Vom Dienst am Welthandel zur Modifikation internationaler Konkurrenzergebnisse und zur Definition nationaler Konkurrenzbedingungen.

Die Außenhandelsbilanz: Von der Abrechnung über den Reichtumstransfer zwischen den Nationen zur Konkurrenz der Staaten um die kapitalistische Leistungsfähigkeit ihres Landes.

3. Kapitalistisches Eigentum als internationale Handelsware: Kapitalex- und -import und der globale Finanzmarkt.

Die Konkurrenz der Staaten um die Kreditwürdigkeit ihrer Nation und ihres Geldes; die Scheidung der nationalen Kreditgelder in „Reservewährungen“ und Gelder zweiter Klasse

4. Das Wachstum des globalen Spekulationsgeschäfts und seine selbstproduzierten Schranken: Staatspleiten und Finanzkrisen.

Die Vorkehrungen der Staatenwelt für das Funktionieren des globalen Finanzsystems; die Sortierung der Nationen nach finanzkapitalistischen Kriterien; die Krisenpolitik der Weltwirtschaftsmächte.

5. Das weltweite Regime des Finanzkapitals: Werk und Produktivkraft der Weltordnungsgewalt der USA

Die bürgerliche Öffentlichkeit und ihre modernen Wurmfortsätze

WikiLeaks und die anderen – Herrschaft einfach weginformiert

WikiLeaks hat das erklärte Ziel, „die unverhüllte Wahrheit in die Öffentlichkeit zu bringen“, die seiner Meinung nach Regierungen und Wirtschaftskreise verschleiern. Damit, so das kritische Selbstverständnis der Initiatoren der Enthüllungsplattform, entlarven sie das verschwörerische Treiben von Herrschaften, die sich demokratisch geben, aber mit der Unterdrückung von Informationen die Öffentlichkeit systematisch hinter das Licht führen und manipulieren. Ein Anliegen, mit dem die Informationsfanatiker nicht nur der Wahrheit dienen, sondern aufklärungsbedürftigen Bürgern wie aufklärungsfeindlichen Politikern auch eine endlich wirksame öffentliche Kontrolle der Macht versprechen bzw. androhen wollen. Zwar ist die Welt bereits bestens ausgestattet mit publizistischen Organen, die alles, was Politik und Wirtschaft treiben, öffentlich kritisch berichten und kommentieren, mit deren Berichten über friedliche wie kriegerische staatlichen Taten gibt sich WikiLeaks aber nicht zufrieden. Den zahlreichen Verlautbarungen demokratischer Politiker oder auch den zugespielten Geheiminformationen die anerkannten politischen Zwecke und gültig gemachten staatlichen Interessen zu entnehmen und die zu kritisieren, halten die Aufklärer, bzw. Aufdecker aber auch nicht für nötig. Ihr Kampf gegen undemokratische Herrschaft ist das Veröffentlichende als solches. Anlass genug für einige sachdienliche Hinweise über die affirmativen Leistungen bürgerlicher Öffentlichkeit und wie WikiLeaks als Anwalt echter demokratischer Kontrolle deren kritisches Selbstverständnis als ‚Vierte Gewalt‘ im Staat radikalisiert.

- Das ganz normale Nachrichtengeschäft: Kritische Informationsvermittlung und Produktion von Verständnis
- Enthüllungsjournalismus der alten Art – der gemeinschaftsbildende Nutzen von Skandalen
- Die Helden der Vierten Gewalt und ihr Selbstbewusstsein
- Das virtuelle Gemeinwesen und die Freiheit der Communities
- Das virtuelle Gemeinwesen als herrschaftskritischer Maßstab für gute Regierung – Verschwörung als Regierungshandeln

Zu diesen und anderen Themen mehr im aktuellen **GEGENSTANDPUNKT 1-11**

VORTRAG & DISKUSSION

Der Super-GAU in Japan

Was man aus der Nuklearkatastrophe in Fukushima wirklich lernen könnte

Im japanischen Fukushima ist wieder einmal eingetreten, wovon die Gegner der Atomenergie seit 40 Jahren warnen: Im Gefolge von Erdbeben und Tsunami sind mehrere Meiler außer Kontrolle geraten, explodieren, setzen Radioaktivität frei, machen Teile Nordjapans vielleicht auf Jahrzehnte oder länger unbewohnbar, verseuchen die ansässige Bevölkerung und bedrohen die 35-Millionenstadt Tokio mit radioaktivem Niederschlag.

Dass die Regierungen in Japan und den anderen Atomenergie nutzenden Staaten von dem Ereignis überrascht worden wären, stimmt nur in einer Hinsicht: Sie setzen beständig darauf, dass der „Größte Anzunehmende Unfall“ und Schlimmeres, das sie längst haben definieren und ausrechnen lassen, schon nicht eintreten wird. Ihre Fachleute schätzen das Risiko solcher Katastrophen ab und weisen ihm eine – sehr kleine – Wahrscheinlichkeit zu, die man dann großzügig ignoriert.

Wenn der Katastrophenfall eintritt, steht die betroffene Nation mehr oder weniger da wie nach einem verlorenen Krieg: Ein Verlust an Bevölkerung durch Verstrahlung und ansteigende Krebsraten schmälert die lebendige Staatsgrundlage; ganze

Regionen sind dauerhaft für geschäftliche Nutzung unbrauchbar; statt kapitalistischen Wachstums fallen ungeheure Kosten für Sicherung und Einschließung der strahlenden Ruinen an, die das Sozialprodukt und den Staatshaushalt belasten und die Nation in der Konkurrenz mit Ihregleichen um Größenordnungen zurückwerfen können. Schon gibt es Spekulationen über einen Niedergang Japans. Das, nichts anderes, ist der Albtraum, der politische Führer tatsächlich schockiert. Die Physikerin Merkel jedenfalls zeigt sich erschüttert darüber, dass das ausgerechnete „Rest-“Risiko einer Katastrophe tatsächlich eintritt.

- Das wirft die Frage auf, warum kapitalistische Staaten ihre Bevölkerungen jahrzehntelang und weiterhin diesen – auch für die Staatsmacht selbst bedrohlichen – Risiken aussetzen. Nur damit die Wohnungen warm sind und die Handys Saft haben? Worum geht es bei der Stromversorgung kapitalistischer Staaten, dass man dafür Gefahren wie im Krieg eingeht?

- Jetzt will die Regierung Merkel – anders als praktisch alle anderen Regierungen des Globus – aus der Katastrophe gelernt

haben und den Ausstieg aus der Atomenergie-Erzeugung beschleunigen. Was ist heute anders als in den Zeiten von Harrisburg und Tschernobyl, als die Katastrophen den Vorgänger-Regierungen kein Umdenken abverlangten? Was muss alles erfüllt, welche Anforderungen müssen gewährleistet sein, dass eine Bundesregierung die Wahnsinns-Technologie tatsächlich für tendenziell verzichtbar hält? Darüber will die politische Chefin des Weltmarktführers auf dem Feld der erneuerbaren Energietechniken drei Monate lang nachdenken, um dann zu entscheiden, ob und wie viele alte Meiler abgeschaltet werden sollen und wie lange sie die neueren weiterlaufen lassen will. Die schwarz-gelbe Koalition „lernt“ aus der Katastrophe, konsequenter anzupacken, was sowieso auf der deutschen Agenda steht.

Und so viel steht bei allem „Umdenken“ sowieso fest: Wenn erst ein Ausstiegsszenario und neue Laufzeitgrenzen von 10 bis 20 Jahren vereinbart sind, ist das als „unvertretbar“ erkannte Restrisiko wieder voll vertretbar.

Referent: J. Köper

Frankfurt/Main: Mittwoch, 15.06.2011, Beginn: 19:00 Uhr

Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str.69 (Eingang über den Hof)

Marburg: Donnerstag, 16.06.2011, Beginn: 20:00 Uhr

Kulturladen KFZ, Schulstr.6

Eintritt frei!

Sprüche & Widersprüche

Studie zu Kinderarmut

Lumpenkinder bedrohen Kommunen

„Gütersloh (dpa) - Die Kinderarmut in Deutschland belastet vor allem die Haushalte ostdeutscher Städte und Gemeinden - mit Berlin an der Spitze. Große regionale Unterschiede gibt es aber auch innerhalb der Bundesländer, zeigt eine am Freitag vorgestellte Analyse der Bertelsmann Stiftung.

(...) Der Studie zufolge sind die Ausgaben für soziale Leistungen zwischen 2005 und 2010 von 35,4 auf 42,2 Milliarden Euro (+ 19 Prozent) gestiegen. «Damit geben die Kommunen bereits 23,3 Prozent ihrer Budgets für Soziales aus», hieß es. Die Ausgaben für Kinder- und Jugendhilfe stiegen zwischen 2006 und 2009 von 20,9 auf 26,9 Milliarden Euro. Davon entfielen allein 5,5 Milliarden Euro auf die Hilfen zur Erziehung für Minderjährige, etwa in Tagesgruppen, Heimen oder betreuten Wohnformen.» (SZ, 9.4.11)

Not und Elend des nationalen Nachwuchses zeigen sich am schlagendsten am Stadtsäckel der Kommunen. Am härtesten hat es den Stadtkämmerer von Berlin getroffen.

Außenminister Westerwelles Position zum Aufstand in Ägypten

Keine Vorschriften vom Ausland!

„Wer Ägypten regiert, ist allein Sache des ägyptischen Volkes. Die Menschen in Ägypten sind nicht auf die Straße gegangen, damit ihnen das Ausland Vorschriften macht.“ (Außenminister Guido Westerwelle in BamS 06.02.)

„Aber wer auch immer Ägypten in die Zukunft führt – wir erwarten von ihm ein klares Bekenntnis zum Frieden im Nahen Osten und zur Aussöhnung mit Israel. Die Demokratie muss gewinnen, nicht religiöse Extremisten.“ (derselbe, ebenda)